

Gemeinsame Erklärung
aller Abgeordneten zum Oö. Landtag gemäß § 36 der Oö. LGO 2009
für ein atomkraft-freies Europa

Die Energiegewinnung aus Atomkraft stellt ein höchst gefährliches, unkalkulierbares Risiko für Umwelt und Mensch dar. Dies zeigen sowohl mehrere schwerwiegende Unfälle in den vergangenen Jahrzehnten als auch die nach wie vor ungelöste Problematik der Endlagerung der radioaktiven Abfälle, welche die Lasten der Entsorgung auf unzählige zukünftige Generationen verschiebt.

Mit 31. Dezember 2021 wurde der Entwurf zum ersten delegierten Rechtsakt der EU-Kommission für die Taxonomie-Verordnung bekannt. Diese soll einen Rahmen für nachhaltiges Wirtschaften schaffen und Investitionen in den Klimaschutz lenken. Die Atomkraft wird darin berücksichtigt, was die privilegierte Finanzierung unter dem Nachhaltigkeitsaspekt ermöglicht. Die EU-Kommission trifft damit eine offizielle Aussage über „Nachhaltigkeit“, die über den begrenzten Zweck der Taxonomie hinaus geht, in die europäische Klima- und Energiepolitik hineinwirkt und klar dem gesetzten Ziel des Ausbaus der Erneuerbaren Energien entgegensteht.

Die Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags sind davon überzeugt, dass die Förderung von Atomkraft die Entwicklung des europäischen Energiebinnenmarktes behindert und den Wettbewerb zu Lasten Erneuerbarer Energieträger verzerrt.

Nachhaltigkeit bedeutet so zu wirtschaften, dass zukünftige Generationen gesichert leben können und diesen kein Schaden zugefügt wird. Nach dieser Definition ist die Atomkraft keine nachhaltige Energieform. Sollte sich der Markt entsprechend der Vorgaben der Taxonomie ausrichten, ist zu befürchten, dass Investitionen in die Atomkraft einen teuren energiepolitischen Irrweg verlängern und die dringend benötigten Investitionen in nachhaltige und umweltfreundliche Energiegewinnungsarten, wie Wasserkraft, Photovoltaik und Windkraft behindern. Die Schaffung einer EU-Taxonomie bringt großes Potential für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Dies allerdings nur, wenn Signale für echte Nachhaltigkeit an die weltweiten Finanzmärkte gesandt werden.

Oberösterreich tritt seit vielen Jahren geeint im Kampf gegen Atomkraft auf. Dieses gemeinsame Bekenntnis gilt es auch zu Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode zu erneuern. Die Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags bekräftigen daher, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf allen Ebenen für ein atomkraft-freies Europa einzusetzen.

Linz, am 27. Jänner 2022

Max Hiegelsberger